

Auf den Punkt gebracht

Mai 2024

Die Schlacht um den Bundeshaushalt

Seit Wochen treibt Christian Lindner (FDP) die SPD und die Grünen vor sich her: Ein Kürzungsvorschlag folgt dem nächsten, einer unsozialer als der andere. Olaf Scholz stellt sich schützend vor ihn, während die SPD und Grünen schweigen, statt für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds fehlen in den kommenden Jahren 60 Milliarden, alleine im Bundeshaushalt 2025 etwa 30 Milliarden. Die jüngste Einnahmeschätzung hat ergeben, dass Bund, Länder und Kommunen 2025 etwa 20 Milliarden Euro weniger Einnahmen zur Verfügung haben, als bisher angenommen. Unklar ist, wo das fehlende Geld herkommen soll. Denn der kleinste finanzielle Spielraum der Schuldenbremse wird direkt in Aufrüstung, Waffen und Panzer gesteckt.

Was also tun? Möglichkeiten gäbe es viele: Die Schuldenbremse könnte ausgesetzt oder reformiert werden, die Einnahmen durch vermögensbezogene Steuern (z.B. Vermögensteuer) erhöht, die Steuerschlupflöcher der Superreichen geschlossen oder klimaschädliche Subventionen abgebaut werden. Bei einem sind sich fast alle einig: Nur mit Kürzungen lässt sich das Haushaltsloch nicht schließen. Mindestens eine Reform der Schuldenbremse ist nötig, um die Krisen der Zeit zu lösen und genug Investitionen zu ermöglichen.

Lindner und die FDP haben sich festgelegt: Ungeachtet der politischen und gesellschaftlichen Debatte soll die Schuldenbremse in Deutschland und Europa eingehalten werden. Neue Steuern soll es nicht geben. Das Haushaltsloch muss durch Kürzungen geschlossen werden. Das ist politisch und ökonomisch fatal.

Die Konjunktur schwächelt und die Infrastruktur wurde über Jahrzehnte vernachlässigt: Marode Brücken, kaputte Schienen, geschlossene Krankenhäuser, Schulen und Kitas prägen unseren Alltag. Alleine der Investitionsstau in den Kommunen beträgt 186 Mrd. Euro, 12 Prozent mehr als noch im vergangenen Jahr.

Gleichzeitig stehen wir vor der Jahrhundertaufgabe der Klimakrise und des ökologischen Umbaus der Wirtschaft. Um die Infrastruktur zukunftsfähig zu machen und die Wirtschaft umzubauen, existiert für die nächsten zehn Jahren der Bedarf an zusätzlichen Investitionen von 600 Milliarden Euro. Darunter fallen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur (z.B. Busse und Bahnen), Bildung, Wohnungsbau und den Klimaschutz.

Jeder Euro, den wir heute in den Klimaschutz investieren, spart uns in Zukunft etwa 15 Euro an Klimaschäden - das hat eine Studie des IÖW herausgefunden. Wie die

aussehen, spüren wir in ganz Deutschland von Jahr zu Jahr immer stärker: Flut im Ahrtal, Überschwemmung in Niedersachsen und im Saarland, Dürre in Brandenburg. Bis 2050 könnten alleine durch den Klimawandel Schäden von bis zu 900 Milliarden Euro entstehen. Jede Investition in den Klimaschutz lohnt sich also, für die Menschen und die Wirtschaft.

Expert*innen und Ökonom*innen aus der ganzen Welt raten Deutschland zu mehr Investitionen und einer Überarbeitung der Schuldenregeln: der Internationale Währungsfonds, die OECD, die Bundesbank – Organisationen, mit denen wir sonst nicht viel gemeinsam haben und die für ihre teils streng neoliberalen Perspektiven bekannt sind.

Unbeeindruckt bringt die FDP neue Vorschläge zu Kürzungen vor, die einem immer gleichen Muster folgen - sie treffen die Ärmsten: mehr Sanktionen beim Bürgergeld, „Rente mit 63“ und den Soli abschaffen, Renteneintrittsalter erhöhen, ein Moratorium für Sozialleistungen von drei Jahren, Geld für Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit kürzen. Das Abstruse: Die Vorschläge der FDP reichen nicht einmal aus, um das Haushaltsloch zu schließen.

Lindner geht es um knallharte Klientel-Politik für die Reichen. Entgegen jedem Rat verfolgt er das Ziel, die Kosten der Haushaltskrise auf die Ärmsten abzuwälzen und die Reichsten und Konzerne weiter zu entlasten. Dass er dabei das Land spaltet, Deutschland weiter in die Krise treibt und die Demokratie in Gefahr bringt, scheint ihm egal zu sein.

- Die Angriffe auf den Sozialstaat müssen gestoppt werden.
- Um den Krisen unserer Zeit zu entgegnen, braucht es massive Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge. Für bezahlbaren Wohnraum, kostenfreie Schulen und Kitas und eine gemeinwohlorientierte Gesundheitsversorgung.
- Die finanzielle Last muss gerecht verteilt werden. Wir fordern: Die Schuldenbremse abschaffen und die Superreichen mit Vermögensteuer und höheren Unternehmenssteuern gerecht an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen!

Die Linke Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28 | 10178 Berlin

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de | kontakt@die-linke.de
V.i.S.d.P.: Ates Gürpınar, Katina Schubert

Die Linke